

Arbeitsmarktpolitik



Die Grünen fordern eine Erhöhung des Mindestlohns sowie der Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse, um die soziale Absicherung von Arbeitnehmer*innen zu stärken. Zudem ist eine bessere Abstimmung und Verzahnung der verschiedenen Sozialleistungen vorgesehen, um deren Wirksamkeit zu erhöhen. Die Grünen setzen sich darüber hinaus für eine Erleichterung des Zugangs zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ein, um diese besser gegen Einkommensausfälle abzusichern.

Um Erwerbstätige zu entlasten fordern die Grünen eine Anhebung der Arbeitnehmer*innen Pauschalbeträge in der Einkommenssteuererklärung auf 1.500€.



Wir unterstützen die Forderungen grundsätzlich, in der Umsetzung sollte jedoch genau darauf geachtet werden, dass eine bessere Verzahnung der Sozialleistungen nicht gleichzeitig zum Abbau dieser führt.



Das BSW fordert eine Anhebung des Mindestlohns auf 15,00 €, eine höhere Tarifquote sowie eine stärkere Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten und Pflegezeiten in der Arbeitslosenversicherung.



Wir unterstützen die Forderungen nach Mindestlohnerhöhungen und höheren Tarifquoten, allerdings müssen Fördermittel für freie Träger an diese Tarife angepasst werden, um reale Umsetzbarkeit zu gewährleisten. Eine Anrechnung von Care Arbeitszeiten auf die Arbeitslosenversicherung ist lange überfällig.



Die CDU kritisiert das Bürgergeld als leistungshemmend und plant, es durch eine "Neue Grundsicherung" zu ersetzen, die das Prinzip "Fördern und Fordern" betont. Menschen, die arbeiten können, sollen dazu verpflichtet werden, um nicht auf Kosten der Gemeinschaft zu leben. Zudem soll die Arbeitsvermittlung modernisiert werden, um sie zukunftsfähig zu gestalten.



Der DBSH lehnt eine Verschärfung der Kontrollmechanismen und Sanktionen ab. Solche Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Prinzipien der Menschenwürde und Partizipation. Studien zeigen, dass Zwang kontraproduktiv ist und die Betroffenen eher demotiviert. Der DBSH plädiert für ein System, das Unterstützung bietet und die Selbstbestimmung der Menschen respektiert, anstatt sie durch verstärkte Kontrollen und Sanktionen zu belasten.



Die Linke setzt sich in ihrem Wahlprogramm für eine umfassende Reform der Arbeitsmarktpolitik ein. Zentrale Forderungen sind die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1.400 Euro, der barrierefreie Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen und eine gerechte Arbeitslosenversicherung, die auch Selbstständige einbezieht.



Die Vorschläge der Linken stärken die Autonomie der Betroffenen und fördern soziale Gerechtigkeit. Der Fokus auf barrierefreiem Zugang zum Arbeitsmarkt stärkt Inklusion und Chancengleichheit. Die Einbeziehung von Selbstständigen in die Arbeitslosenversicherung ist ein wichtiger Schritt, um soziale Sicherungssysteme an die vielfältigen Erwerbsbiografien anzupassen. Allerdings bleibt offen, wie die praktische Umsetzung dieser Maßnahmen gestaltet werden soll und welche finanziellen Ressourcen dafür bereitgestellt werden.



Die FDP legt besonderen Wert auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie strebt eine Reform des Arbeitszeitgesetzes an, die es ermöglicht, wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeiten festzulegen, um Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebenden mehr Gestaltungsfreiheit zu bieten. Zudem plant die FDP, Selbstständige durch eine Reform der Beiträge zur Krankenversicherung zu entlasten, um deren finanzielle Belastung zu reduzieren. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Einführung von Maßnahmen gegen "Missbrauch im Sozialstaat", einschließlich einer strengeren Kontrolle der Transferempfänger*innen, um die "Integrität des Sozialsystems" zu gewährleisten.



Sollten Arbeitnehmende die Kontrolle über die Flexibilisierung der Arbeitszeit haben, könnte dies ein positiver Beitrag zur Entlastung von Arbeitnehmenden sein und der Vereinbarkeit von Care Arbeit und Beruf. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten ohne ausreichenden Schutz der Arbeitnehmerrechte kann zu erhöhtem Druck und gesundheitlichen Belastungen führen, insbesondere für vulnerable Gruppen. Der DBSH plädiert daher für eine ausgewogene Balance zwischen Flexibilität und Schutzmechanismen, um die sozialen und gesundheitlichen Belange der Arbeitnehmer zu wahren. Eine Verschärfung der Kontrollmechanismen lehnen wir ab - siehe dazu die Einordnung bei der CDU.



Die SPD setzt auf die Förderung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen durch einen entfristeten sozialen Arbeitsmarkt. Dies soll mehr Menschen eine sozialversicherte Beschäftigung ermöglichen. Darüber hinaus will die SPD den Gender Pay Gap vollständig abschaffen.



Der Fokus auf „Fördern statt Fordern“ ist positiv zu bewerten. Die stärkere Integration von Menschen mit Behinderungen in den regulären Arbeitsmarkt unterstützen wir.